



Medienmitteilung der EVP Brugg

EVP-Fraktionsbericht zu der Einwohnerratssitzung vom 28. Juni 2024

Die Traktanden der Einwohnerratssitzung vom 28. Juni 2024 wurden am 17. Juni 2024 in einer ausführlichen Fraktionssitzung der EPV besprochen.

Die EVP wird dem Rechenschaftsbericht, der Rechnung 2023 und den beiden Kreditabrechnungen zustimmen. Den Investitions- und Finanzplan 2025-2030 nimmt die EVP zur Kenntnis und hofft, dass die geplanten Investitionen zur Freude der Brugger Bevölkerung umgesetzt werden.

Schaffung zusätzlicher Stellenpensen

Intensiv wurde über den Antrag für zusätzliche Stellen diskutiert. Die EVP stimmt der Ausbildung von vier Aspiranten bei der Regionalpolizei Brugg in den nächsten vier Jahren zu. Der Ausbau des Polizeikorps soll das Sicherheitsgefühl der Brugger Bevölkerung stärken.

Die EVP begrüsst die Integration der Schul-IT in die städtische IT-Lösung, da dies die Lehrpersonen entlastet und die Professionalisierung fördert. Skeptisch steht die Fraktion jedoch dem Anforderungsprofil und der beantragten Lohnsumme für den First-Level-Support gegenüber.

Die EVP befürwortet die Aufstockung der Stellenprozente im Zivilstandsamt um 40% und der Schaffung einer 100%-Stelle für eine/n Bademeister/in zu. Die EVP begrüsst auch die Umwandlung der Verträge der Badkassiererinnen in öffentlich-rechtliche Arbeitsverträge. Die Schaffung der Stelle eines Sportkoordinators wird abgelehnt, da kein Mehrwert für die Bevölkerung erkennbar ist. Die EVP ist der Ansicht, dass diese Aufgaben von den bestehenden Ressorts Gesellschaft, Bildung und Sport sowie Standortförderung wahrgenommen werden sollten.

Die EVP bedauert die beiden kürzlich kommunizierten Kündigungen in der Abteilung Planung und Bau. Die angespannte Situation in dieser Abteilung muss so schnell wie möglich gelöst werden. Die EVP bezweifelt, dass die Einstellung eines weiteren Abteilungsleiters zur Bewältigung des Arbeitsberges beitragen wird. Stattdessen sollte in das produktive Personal investiert werden.

Zusammenschluss der Einwohnergemeinden Brugg und Villnachern

Der Zusammenschlussvertrag von Brugg und Villnachern führte zu keiner kontroversen Diskussion. Die Fraktion ist sich einig, dass die negativen Auswirkungen für Brugg und seine Bevölkerung überwiegen. Die EVP ist enttäuscht über die einseitige Informationspolitik. Die Finanzen sind nur ein Aspekt, aber der entscheidende. Während Villnachern von einer Steuerreduktion von 23 Steuerpunkten profitieren würde, müssten die Brugger das Defizit tragen. Zudem bezweifelt die EVP, dass der Steuerfuss von 97% in Brugg nach einer Fusion gehalten werden kann.

Gemäss Investitions- und Finanzplan 2025-2030 wird das Vermögen der Stadt Brugg bis 2030 um 49,2% von CHF 102,7 Mio. auf CHF 51,9 Mio. sinken. Gleichzeitig wird der Fusionsbeitrag des Kantons von CHF 4,14 Mio. bis 2030 aufgebraucht sein, so dass die Stadt Brugg ab 2031 das Defizit ausgleichen muss.

Die Verwaltungsmitarbeitenden sind bereits heute stark belastet, wie die Anträge für zusätzliche Stellenprozente zeigen. Sie stossen täglich an ihre Grenzen und könnten eine zusätzliche Arbeitsbelastung durch eine Fusion mit Villnachern nicht bewältigen. Die Stadt Brugg sollte sich auf die Lösung ihrer eigenen Probleme konzentrieren.



Baukredit für die Erweiterung und die Sanierung der Schulanlage Umiken

Die EVP unterstützt grundsätzlich die Schulraumförderung in Brugg. Das vorliegende Projekt überzeugt aber noch nicht vollumfänglich. Im Anschluss an die Fraktionssitzung hat die EVP dem Stadtrat einige Fragen gestellt und wird sich erst äussern, wenn sie klärende Antworten erhalten hat.

Für Auskünfte:

Barbara Müller-Hefti, Fraktionspräsidentin: sektion.brugg@evp-ag.ch / 076 439 99 21